



UNTERNEHMERVERBAND
Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.



KOOPERATION DER REGIONALEN UNTERNEHMERVERBÄNDE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Staatskanzlei -
Schloßstr. 2-4
19053 Schwerin

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

als Interessenvertreter unserer tragenden Mitgliedsunternehmen erklären die drei branchenübergreifenden Unternehmensverbände MV deutlich, dass sie die Ergebnisse des MV Gipfels bezüglich dort erörterten Wirtschaftsthemen und Maßnahmen nicht mittragen.

Die durch die Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern (VUMV) im MV Gipfel sowie in der Presse geäußerte Zufriedenheit mit den Ergebnissen und dem Stufenplan entspricht nicht der Meinung eines Großteils der Unternehmen im Land. Keinesfalls ist es so, dass in der „Wirtschaft Zufriedenheit herrscht“. Wir fragen uns, ob die Wirtschaftsvertreter der VUMV sowie der Kammern ausreichend engagiert und konsequent die derzeitige Situation deutlich machen.

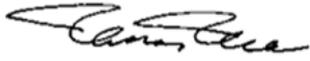
Insofern distanzieren wir uns nachdrücklich von den Äußerungen von VUMV. Wir wurden nicht nach unserer Meinung gefragt und möchte damit auch nicht, dass man von Seiten der Vereinigung der Unternehmerverbände für uns bzw. „die Wirtschaft in MV“ spricht. Mit Blick auf die Lage sehen wir die Ergebnisse deutlich anders.

Mehr noch, wir fordern einen **Systemwechsel und ein „Leben mit Corona“**. Ein Jahr mit der Pandemie haben dazu geführt, dass Gesellschaft und Wirtschaft am Ende sind. Ein Warten auf die „35“ ist nicht mehr durchzustehen. Dies formulieren wir nicht als Vorwurf, es gab und gibt niemanden, der die Entwicklungen voraussehen konnte. Aber nun sind ausreichend Erkenntnisse gesammelt und die dramatischen Folgen auf allen Ebenen sichtbar. Jetzt nicht zu handeln – das wäre jedoch vorzuwerfen.

Wir fordern, **Öffnungen jetzt – überall und zwar unter Einhaltung der bestmöglichen Sicherheitsstandards, Schutzmaßnahmen und Vorsicht aller in allen Bereichen.**

Wir fordern eine Orientierung gemessen an den Belastungen des Gesundheitssystems, wie der Auslastung der Intensivbetten und schweren Verläufen sowie das Ergreifen von Maßnahmen, wenn diese lokal nötig und angezeigt sind.

Die Wirtschaft - und auch die Gesellschaft - erwarten eine Strategie zur Rückkehr in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Normalität - nicht im Sinne eines Privilegs, sondern zur Wahrung von Grundrechten.



Thomas Tweer
UV Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.



Frank Haacker
UV Rostock- Mittleres
Mecklenburg e.V.



Gerold Jürgens
UV Vorpommern e.V.